

Goebel, Jan; Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M.

Article

Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen West und Ost

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Goebel, Jan; Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. (2009) :
Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen West und Ost, DIW Wochenbericht,
ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 51/52,
pp. 888-894

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151894>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen West und Ost

Jan Goebel
jgoebel@diw.de

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Unter Berücksichtigung neuer Informationen zu regionalen Preisniveaus in Deutschland fallen die realen Einkommensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland geringer aus als bisher berechnet. Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und den vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zur Verfügung gestellten Preisinformationen waren die realen verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland im Erhebungsjahr 2008 durchschnittlich um 16 Prozent – oder 3 500 Euro – niedriger als im Westen. Der Abstand ist damit um rund ein Viertel kleiner als nach den bisherigen Berechnungen. Beim Risiko, in (relative) Einkommensarmut zu fallen, schrumpft die West-Ost-Kluft noch stärker, eine deutliche Differenz bleibt aber auch hier bestehen: Anhand der neuen Informationen über die regionalen Kaufkraftunterschiede ergibt sich für Ostdeutschland für das Jahr 2008 eine Armutsrisikoquote von 17,5 Prozent, für den Westen sind es 13,4 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland wieder ein viel diskutiertes Thema. Auch das jüngste Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) nimmt in seinem Kapitel zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung darauf Bezug.¹ Auf Basis der vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) im Jahr 2008 erhobenen Vorjahreseinkommen erreicht das durchschnittliche bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen im Osten Deutschlands weniger als 80 Prozent des westdeutschen Niveaus.² Dieses Einkommen ist inflationsbereinigt mit Hilfe des Index der Verbraucherpreise für Deutschland insgesamt.³ Offen bleibt dabei die Frage, ob es nicht im Niveau der Lebenshaltungskosten nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen gibt (Kasten 1). Diese Lücke schließt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das für 393 Kreisregionen Preisniveaus geschätzt hat

1 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga09_ana.pdf.

2 Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet. Der Haushaltsvorstand erhält dabei ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

3 Die für West- und Ostdeutschland getrennte Berechnung von Preisindizes wurde 1999 eingestellt, und seit 2003 verwendet die amtliche Verbraucherpreisstatistik einen einheitlichen Warenkorb für Deutschland insgesamt. Dieses Vorgehen wird damit begründet, dass die Verbrauchsgewohnheiten sich inzwischen in Ost und West weitgehend angeglichen und die Verbraucherpreisindizes über längere Zeit nahezu identische Verläufe gezeigt hätten. Egner, U.: Umstellung des Verbraucherpreisindex auf Basis 2000. Die wichtigsten Änderungen im Überblick. In: *Wirtschaft und Statistik* Nr. 5/2003, 424.

Sechs Fragen an Jan Goebel

„Einkommensunterschiede: Neue Daten erlauben genauere Berechnung“



Herr Dr. Goebel, haben sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland mittlerweile angeglichen?

Seit Ende der 90er Jahre beobachten wir eine Stagnation dieser Angleichung. Im Moment beträgt der Abstand der ostdeutschen zu den westdeutschen Einkommen ungefähr 16 Prozent, was ungefähr 3 500 Euro ausmacht. Im Westen beläuft sich das mittlere Jahreseinkommen auf etwa 21 200 Euro und im Osten auf ungefähr 17 700 Euro. Der Angleichungsprozess war direkt nach der Wende am stärksten, da wurde vom Osten am meisten aufgeholt. Seit dem Jahr 2000 sehen wir eine Stagnation dieses Angleichungsprozesses.

Gleichen höhere Lebenshaltungskosten in Westdeutschland diesen Unterschied wieder aus?

Wir haben eine Korrektur der Lebenshaltungskosten vorgenommen, die sich nicht nur auf Ost- und Westdeutschland, sondern auf die einzelnen Kreisregionen bezieht. Es gibt also auch innerhalb West- und Ostdeutschlands Unterschiede im Preisniveau. Tendenziell ist das Preisniveau in Ostdeutschland etwas niedriger. Dadurch wird der Einkommensunterschied gegenüber Westdeutschland zu etwa 25 Prozent kompensiert. Allerdings wird der Abstand nicht komplett ausgeglichen und bleibt bestehen.

Wo liegt der Unterschied zu der bisherigen Betrachtung des Einkommensunterschieds?

Bisher waren nur Daten über Preissteigerungsraten vom Statistischen Bundesamt verfügbar. Diese Zahlen zeigen an, um wie viel die Preise pro Jahr gestiegen oder gesunken sind. Damit hat man jedoch nur eine Zahl für ganz Deutschland und muss annehmen, dass es ein Preisniveau in ganz Deutschland gibt. Man hat damit aber keine wirkliche Information über die einzelnen Regionen. Beispielsweise wird der Unterschied zwischen München-Zentrum und irgendeinem kleinen Landkreis nicht berücksichtigt. Informationen über diese regionalen Preis-

niveauunterschiede stehen uns erst seit September 2009 zur Verfügung, weil das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung einen Preisniveauindex auf Kreisregionsebene erhoben hat.

Welche neuen Erkenntnisse haben Ihnen die neuen Daten gebracht?

Die Höhe des Einkommens hat natürlich eine unterschiedliche Bedeutung, je nachdem wie hoch das Preisniveau in der jeweiligen Region ist, in der man wohnt. Das heißt 2 000 Euro in München erlauben einen anderen Lebensstandard als 2 000 Euro auf dem Dorf. Um das zu korrigieren, brauchen wir diese Informationen über die Preisniveaus. Jetzt sind wir eher in der Lage eine angemessene Wohlfahrtsmessung durchzuführen, da wir vorher einen Teil der Situation ausblenden mussten.

» Das niedrigste Preisniveau hat der Landkreis Tirschenreuth, in Bayern.

« **Was bedeutet das für die Armutsquote in Deutschland, muss die neu berechnet werden?**

Die Trends und die Entwicklung der Armutsquote bleiben davon unberührt. Es wird jedoch deutlich, dass der Abstand der Armutsrisikoquote in Ost- und Westdeutschland etwas überschätzt wurde. Jedoch bleibt das Armutsrisiko in Ostdeutschland auch nach der Korrektur deutlich höher.

Was bedeuten ihre Ergebnisse für die Politik?

Man darf die Betrachtung der Einkommensunterschiede nicht immer nur auf den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland fokussieren. Es hat sich gezeigt, dass es in Ost- wie in Westdeutschland Regionen mit hohem und niedrigem Preisniveau gibt. Zum Beispiel finden wir das günstigste Preisniveau nicht in einer Kreisregion in Ostdeutschland, sondern im bayerischen Landkreis Tirschenreuth. Wichtig ist die Verankerung dieser regionalen Unterschiede im Preisindex, den das Statistische Bundesamt ausrechnet. Damit könnte es der Politik Daten liefern, die ein verlässlicheres Bild zeichnen.

Dr. Jan Goebel,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung SOEP
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Kasten 1

Kaufkraftparitäten in regionalen Einkommensvergleichen

Der materielle Lebensstandard hängt nicht nur von der Höhe der nominalen Einkommen ab, sondern auch vom jeweiligen Preisniveau und somit von der Kaufkraft der Einkommen. Bei Vergleichen des Lebensstandards von Wirtschaftsräumen werden deshalb oft Differenzen bei der Kaufkraft berücksichtigt. Die in nominalen Werten erfasste Wirtschaftsleistung, und somit das Einkommen einer Region, stehen in engem Zusammenhang mit dem dortigen Preisniveau. Denn in Gebieten mit geringen Einkommen ist in aller Regel auch das Preisniveau niedriger und somit die Kaufkraft der Einkommen höher als in Regionen mit hohen Einkommen. Wo auf dem Markt generell nur niedrige Preise durchsetzbar sind, können auch keine hohen Einkommen entstehen – und umgekehrt.

Um Unterschieden in den Preisniveaus Rechnung zu tragen, werden Kaufkraftparitäten berechnet. So war nach Angaben des Statistischen Amtes der EU das verfügbare Einkommen je Einwohner in Deutschland mehr als dreimal so hoch wie in Polen. Aber dort war das Preisniveau um ein Drittel geringer als in Deutschland. Das um die Kaufkraftunterschiede bereinigte Einkommen war hier nur etwas mehr als doppelt so hoch wie in Polen. In Deutschland und in Frankreich ist das verfügbare Einkommen je Einwohner nahezu identisch; in Frankreich sind aber die Preise höher, sodass das reale

Einkommen dort um sieben Prozent niedriger ist als in Deutschland.

Im Allgemeinen werden Kaufkraftparitäten bei Vergleichen zwischen Nationen herangezogen, selten ist dagegen ihre Verwendung bei der Betrachtung von Einkommensunterschieden zwischen den Regionen eines Landes. Dies ist vor allem durch den Mangel an Daten bedingt. Weil es aber in Deutschland große Unterschiede bei der Wirtschaftsleistung und den Einkommen gibt, insbesondere zwischen den alten und den neuen Bundesländern, ist anzunehmen, dass auch bei den Preisniveaus erhebliche Differenzen zwischen Ost und West existieren. Wie die Erfahrung zeigt, sind die Preise für das Fahren mit der Bahn, die Anschaffungskosten für einen neuen PKW oder Fernseher sowie die Preise für Energie und Telekomdienste in allen Regionen Deutschlands sehr ähnlich. Bei lokalen Gütern wie transportkostenintensiven oder an die regionale Nachfrage gebundenen Industrieprodukten, einem Teil der konsumnahen Dienste, Bauleistungen und nicht zuletzt Wohnungsmieten dürfte es aber erhebliche regionale Preisunterschiede geben. So kann vielleicht ein Friseur in Nordvorpommern die gleiche Dienstleistung wie ein Friseur in München erbringen; den gleichen Preis wird er dafür aber nicht verlangen können.

(Kasten 2).⁴ Anhand dieser Daten und der im Rahmen des SOEP ermittelten Einkommensangaben werden im Folgenden die um regionale Preisunterschiede bereinigten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland miteinander verglichen. In einem ersten Schritt werden dabei die im SOEP erhobenen nominalen Vorjahreseinkommen mit Hilfe des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes, der bis 1999 unterschiedliche Werte für West- und Ostdeutschland ausweist, in Preise von 2005 umgerechnet.⁵ Dies entspricht der

Vorgehensweise der langjährigen Einkommensberichterstattung auf Basis der SOEP-Daten, hier auch als Standardkorrektur bezeichnet.⁶ Zusätzlich zu dieser zeitlichen Preisanpassung werden in einem zweiten Schritt die regionalen Unterschiede in den Niveaus der Preise für Güter und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Korrektur wird für die in den Jahren 2005 bis 2008 erhobenen Einkommen vorgenommen.

⁴ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Regionaler Preisindex. Berichte, Band 30, 2009. Auch das Statistische Bundesamt hat einen Bedarf zur Ermittlung regionaler Preisunterschiede erkannt. Siehe dazu die Ergebnisse eines Workshops in Zusammenarbeit mit dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten unter www.ratswd.de/ver/ws_regionale_preisindizes.php.

⁵ Eine detaillierte Darstellung der Berücksichtigung von Preisniveauunterschieden bei der Analyse der Einkommensverteilung von Ost- und Westdeutschland findet sich bereits in Krause, P.: Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen. DIW Diskussionspapier Nr. 88/1994. Dabei wird ein Kaufkraftvorteil von 30,5 Prozent für Ostdeutschland im 1. Quartal 1991 errechnet, der sich jedoch bis zum Jahresende auf etwa 20 Prozent reduzierte. Unter Anwendung der für Ost und West differenzierenden Preisindizes des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für 1993 nur noch ein Kaufkraftvorteil Ostdeutscher von rund zehn Prozent. Rechnet man die Preissteigerungsraten bis 2008 auf

den Jahresdurchschnitt für 1991 zurück, ergibt sich ein Kaufkraftvorteil für Ostdeutschland von etwa 20 Prozent. Da alle Berechnungen stark annahmehaftet sind, hatten DIW Berlin und SVR sich entschieden, der Vorgehensweise des Statistischen Bundesamtes zu folgen, bei der unterstellt wird, dass im Jahr 2000 Preisgleichheit zwischen West und Ost erreicht war. Nachdem die neuen Daten des BBR zu regionalen Unterschieden in den Preisniveaus vorliegen, wird diese Vorgehensweise einer Prüfung unterzogen.

⁶ Frick, J. R., Goebel, J., Grabka M.M., Krause, P., Schäfer, A., Tucci, I., Wagner, G. G.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. Starke Reduktion der arbeitsmarktbedingten Ungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2005; oder auch Frick, J. R., Grabka M.M.: Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 38/2008; Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1998/99, Jahresgutachten 1999/2000, Jahresgutachten 2000/01, Jahresgutachten 2002/03, Jahresgutachten 2004/05, Jahresgutachten 2006/07, Jahresgutachten 2007/08 und Jahresgutachten 2009/10.

Weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Einkommensniveau ...

In Ostdeutschland sind die bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen in den Jahren direkt nach der Wende relativ stark gestiegen, seit 2001 wird der Abstand zu Westdeutschland eher wieder größer (Abbildung). Korrigiert nach der Standardmethode (Einkommen ausgedrückt in Preisen von 2005) zeigt sich eine Tendenz der Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland lediglich für die erste Hälfte der 90er Jahre. Mittlerweile ist der Abstand zwischen West- und Ostdeutschland wieder fast so groß wie zu Beginn der 90er Jahre. Wird die für 2005 bis 2008 mögliche Korrektur um regionale Unterschiede im Preisniveau auf der Ebene der Kreisregionen vorgenommen, ist eine deutliche Niveauanhebung für Ostdeutschland erkennbar. Der Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich um rund fünf Prozentpunkte, von 21 Prozent auf 16 Prozent.⁷

Das durchschnittliche bedarfsgewichtete Einkommen lag 2008 in Westdeutschland ohne die Berücksichtigung regionaler Preisdifferenzen bei rund 21 500 Euro (Median: 18 500 Euro), der entsprechende Wert für Ostdeutschland betrug knapp 17 000 Euro (Median: 15 600 Euro). Nach Berücksichtigung der regionalen Unterschiede im Preisniveau sinkt der Durchschnittswert für den Westen leicht auf 21 250 Euro; für den Osten steigt er um knapp fünf Prozent auf rund 17 800 Euro (Tabelle 1).

... und bei der Einkommensverteilung

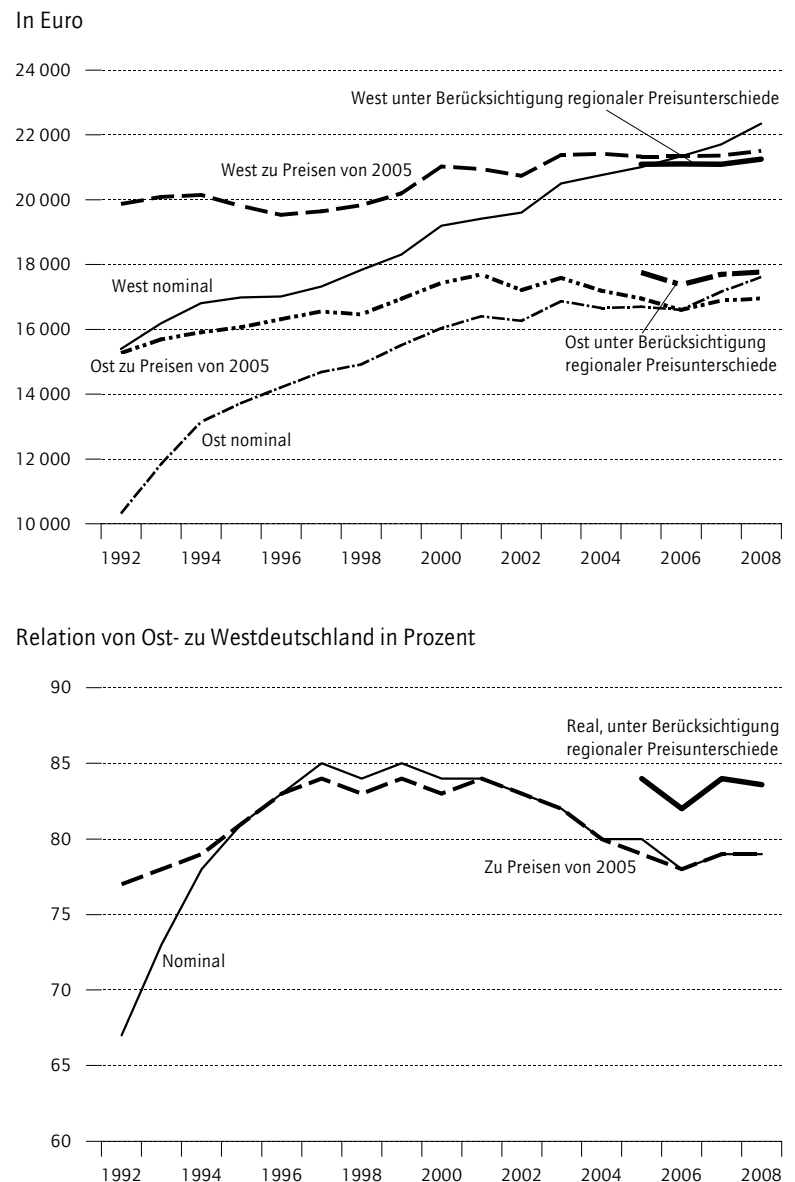
Eine Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede auf der Ebene der Kreisregionen beeinflusst auch die Position der einzelnen Haushalte innerhalb der gesamtdeutschen Einkommensverteilung und verändert damit das Ergebnis des Einkommensvergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland.

Ordnet man die Bevölkerung nach der Höhe der Einkommen und unterteilt sie in zehn gleich große Gruppen (Dezile), so würde – wenn es in West- und Ostdeutschland die gleichen Einkommensverteilungen gäbe – der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung in jedem Dezil dem Anteil Ostdeutschlands an der gesamten Bevölkerung entsprechen; dieser liegt bei gut 20 Prozent (einschließlich Berlins). Tabelle 2 zeigt die tatsächlichen

⁷ Hierbei werden für die Jahre 2005 bis 2008 gleichbleibende regionale Preisunterschiede unterstellt.

Abbildung

Verfügbare¹ Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland



¹ Bedarfsgewichtet.

Quelle: SOEP

DIW Berlin 2009

chen Relationen. Werte unter (über) eins weisen entsprechend auf eine stärkere (schwächere) Konzentration Ostdeutscher im jeweiligen Teil der Einkommensverteilung hin. Im Ergebnis zeigt sich deutlich, dass es eine Über-Repräsentation Ostdeutscher in den unteren vier bis sechs Dezilen gibt. So sind in der untersten Einkommensgruppe 2006 um die Hälfte mehr Ostdeutsche zu finden als ihrem Anteil an der gesamten Bevölkerung entspricht. Dieser Wert fällt nach der Berücksichtigung regionaler Preisdisparitäten auf 31 Prozent. Die Ungleichverteilung wird zwar durch die Berücksichtigung regionaler Preis-

Kasten 2

Regionaler Preisindex und Einkommensmessung

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat im September 2009 einen Index der regionalen Preisniveaus auf der Ebene der 393 Kreisregionen vorgestellt. Dabei wird das Wägungsschema des Statistischen Bundesamtes zur Berechnung des Verbraucherpreisindex mit der Basis 2005 genutzt, allerdings können auf der regionalen Ebene nur etwa drei Viertel des Warenkorbs abgebildet werden. Regionale Datenlücken (fehlende Preise in einigen Kreisregionen) werden entweder durch einen Mittelwert der umliegenden Kreisregionen ersetzt oder mit Hilfe von Regressionsmodellen geschätzt. Deut-

lich werden insbesondere das relativ hohe Preisniveau von Ballungsregionen und das niedrigere Preisniveau in weiten Teilen Ostdeutschlands (Karte).¹

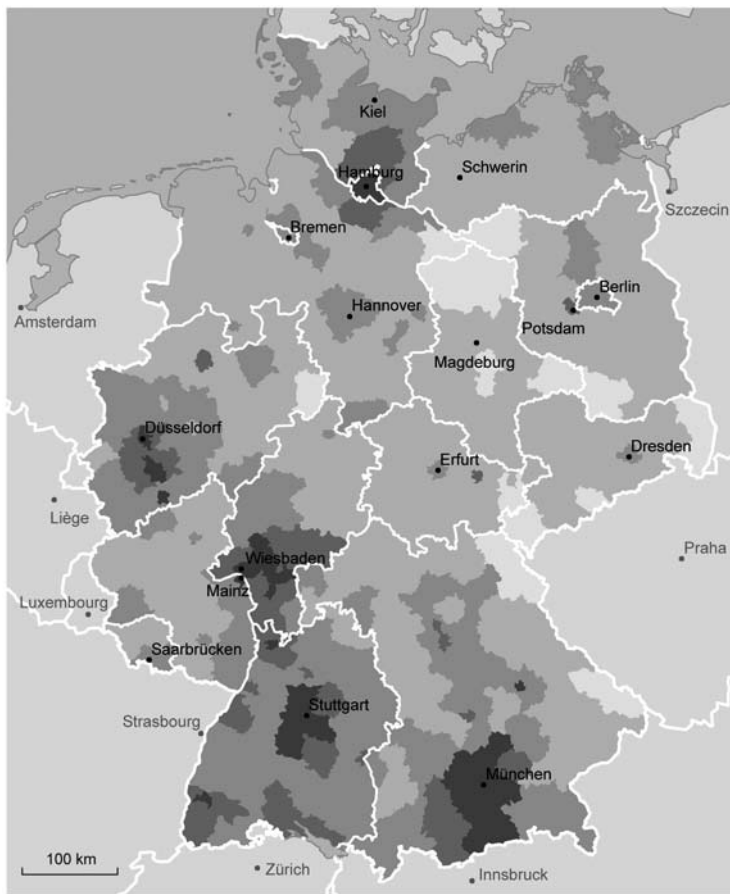
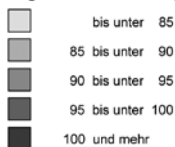
Ein großes Problem bei der Ermittlung regionaler Preisunterschiede ist das aufwendige und daher auch zeitraubende Verfahren. Das BBR nutzt in seinen Berechnungen hauptsächlich Daten aus den Jahren 2006 bis 2008. Damit wird unterstellt, dass sich Preise über die Regionen gleichmäßig verändern, zumindest in diesem Zeitraum.

Die hier genutzten Einkommensdaten stammen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP).² Fehlende Einkommenswerte werden durch Schätzwerte ersetzt. Dies gilt für den Fall, dass lediglich einzelne Angaben in ansonsten ausgefüllten Fragebögen fehlen (Item Non-response) oder bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten (Partial Unit Nonresponse). Im letzteren Fall wird seit 2009 (rückwirkend für alle Wellen) ein aufwendiges mehrstufiges Verfahren für sechs einzelne Bruttoeinkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.³ Geschätzte Werte werden im Haushaltskontext gemeinsam mit den von den befragungswilligen Mitgliedern erhobenen Einkommensangaben einer Simulation von Steuerbeziehungsweise Sozialversicherungsabgaben unterzogen und ergeben das für die folgenden Analysen relevante verfügbare Vorjahres-Haushaltseinkommen. Die im Folgenden für ein bestimmtes Jahr angegebenen Einkommen beziehen sich immer auf das jeweilige vorhergehende Kalenderjahr; die Bedarfsgewichtung beruht auf der Haushaltszusammensetzung zum Befragungszeitpunkt.

Karte

Regionaler Preisindex

Regionaler Preisindex (Bonn=100)



Quelle: Eigene Berechnungen des BBR mit Daten von 2005 bis 2009, geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2006.

DIW Berlin 2009

1 Wir danken dem BBR für die Bereitstellung der Karte.
2 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G.G., Goebel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv Bd. 2, Heft 4, 2008, 301–328.
3 Frick, J.R., Grabka, M.M., Groh-Samberg, O.: Dealing with Incomplete Household Panel Data in Microsimulation Models. Paper prepared for the 2nd General Conference of the International Microsimulation Association (IMA): Microsimulation: Bridging Data and Policy. Ottawa, Canada, 2009, www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.334116.de/soep_punr_2009.pdf.

Tabelle 1

Verfügbares¹ Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland

In Euro zu Preisen von 2005

	Ohne			Mit			Abweichung in Prozent		
	Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede						Gesamt	West	Ost
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost			
Durchschnittliches Einkommen (Mittelwert)									
2000	20 247	21 023	17 432	–	–	–	–	–	–
2005	20 426	21 326	16 954	20 409	21 096	17 758	–0,1	–1,1	4,7
2006	20 360	21 342	16 595	20 334	21 105	17 378	–0,1	–1,1	4,7
2007	20 446	21 362	16 888	20 392	21 088	17 692	–0,3	–1,3	4,8
2008	20 591	21 511	16 957	20 546	21 251	17 762	–0,2	–1,2	4,7
Veränderung von 2000 bis 2008 in Prozent									
	1,7	2,3	–2,7	–	–	–	–	–	–
Mittleres Einkommen (Median)									
2005	17 869	18 540	15 590	17 946	18 423	16 431	0,4	–0,6	6,0
2006	17 746	18 424	15 137	17 908	18 396	15 880	0,9	–0,2	5,4
2007	17 577	18 260	15 543	17 707	18 160	16 358	0,7	–0,5	5,8
2008	17 787	18 498	15 632	17 888	18 355	16 389	0,6	–0,8	5,9

¹ Retrospektiv erfragte Einkommen des jeweiligen Vorjahres, bedarfsgewichtet.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

Tabelle 2

Repräsentation ostdeutscher Haushalte in Einkommensgruppen

	Dezile ¹									
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Ohne Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede										
2005	1,54	1,29	1,22	1,27	0,98	1,03	0,89	0,81	0,55	0,39
2006	1,50	1,37	1,36	1,13	0,98	0,99	0,98	0,76	0,53	0,40
2007	1,38	1,40	1,12	1,26	1,09	1,04	0,95	0,81	0,56	0,38
2008	1,43	1,34	1,16	1,17	1,29	1,06	0,80	0,71	0,63	0,41
Mit Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede										
2005	1,31	1,25	1,09	1,22	1,04	1,01	1,03	0,88	0,69	0,47
2006	1,31	1,21	1,29	1,13	1,01	1,00	1,05	0,89	0,63	0,46
2007	1,21	1,19	1,14	1,19	1,08	1,09	1,06	0,89	0,67	0,47
2008	1,30	1,16	1,17	1,02	1,21	1,21	0,88	0,78	0,79	0,49

¹ Mit Dezilen wird die Einkommenshierarchie in zehn gleich große Gruppen geteilt. Im ersten Dezil befindet sich das Zehntel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen und so weiter.

Lesehilfe: Der Wert 1,54 bedeutet, dass sich in der untersten Einkommensgruppe 54 Prozent mehr Ostdeutsche befinden als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands entspricht.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

unterschiede deutlich vermindert, bleibt aber in signifikanter Größenordnung erhalten.

Geringeres Ost-West-Gefälle beim Armutsrisiko

Die Korrektur der Einkommensdaten um regionale Unterschiede im Preisniveau wirkt sich auf die Messergebnisse zur Ungleichheit der Einkommensverteilung nur wenig aus.⁸ Der Gini-Koeffizient für Deutschland insgesamt und für die beiden Landesteile verändert sich kaum (Tabel-

⁸ Zur Messung der Einkommensungleichheit wird der Gini-Koeffizient benutzt. Bei perfekter Gleichheit nimmt er den Wert null an, bei perfekter Ungleichheit ist er gleich eins.

le 3). Deutlich größer sind die Effekte dagegen bei der Messung von relativer Einkommensarmut.⁹ Vor Berücksichtigung der regionalen Preisunterschiede zeigt sich 2008 ein leichter Anstieg der Armutsrisikoquote für Deutschland insgesamt von 13,6 Prozent auf 14,1 Prozent.¹⁰ Der Anstieg ist zum größeren Teil auf die schwächere Ent-

⁹ Der Messung des Armutsrisikos liegt der relative Armutsansatz zugrunde, wie er in der EU und der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung üblicherweise verwendet wird. Als relativ einkommensarm werden Personen bezeichnet, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des gesamtdeutschen Medianeinkommens beträgt.¹⁰ Eine Darstellung des Armutsrisikos in Raumordnungsregionen auf der Basis des Mikrozensus findet sich in Martens, R.: Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Berlin 2009.

Tabelle 3

Einkommensungleichheit und relatives Armutrisiko in Ost- und Westdeutschland

	Ohne			Mit			Abweichung in Prozentpunkten		
	Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede						Gesamt	West	Ost
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost			
Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient)¹									
2005	28,0	28,2	24,9	27,6	28,0	24,7	-0,4	-0,2	-0,2
2006	29,3	29,5	25,5	28,9	29,4	25,3	-0,4	-0,1	-0,2
2007	28,8	29,3	24,6	28,4	29,0	24,4	-0,4	-0,3	-0,2
2008	29,0	29,4	25,0	28,6	29,2	24,9	-0,4	-0,2	-0,1
Armutrisikoquote in Prozent²									
2005	13,8	12,1	20,4	13,9	12,7	18,3	0,1	0,6	-2,1
2006	14,5	12,8	21,1	14,6	13,5	18,9	0,1	0,7	-2,2
2007	13,6	12,3	18,4	13,8	13,1	16,7	0,2	0,8	-1,7
2008	14,1	12,5	20,3	14,2	13,3	17,5	0,1	0,8	-2,8

1 Bei perfekter Gleichheit nimmt der Gini-Koeffizient den Wert null an, bei perfekter Ungleichheit ist er gleich eins.

2 Als relativ einkommensarm werden Personen bezeichnet, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des gesamtdeutschen mittleren Einkommens beträgt.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2009

wicklung in Ostdeutschland zurückzuführen.¹¹ Dort ist eine Zunahme des Armutrisikos vom Erhebungsjahr 2007 zum Jahr 2008 um ein bis zwei Prozentpunkte zu verzeichnen, je nachdem, ob regionale Preisdisparitäten berücksichtigt werden oder nicht.

Die Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede bewirkt, dass die relative Höhe der Einkommen in Ostdeutschland steigt und damit weniger Haushalte unterhalb der *Armutslinie* liegen. In Westdeutschland ist es umgekehrt. Während sich die gesamtdeutsche Armutsrate kaum ändert, steigen die Werte für Westdeutschland um knapp einen Prozentpunkt auf rund 13 Prozent, und die Armutsquote in Ostdeutschland sinkt um mehr als zwei Prozentpunkte auf Werte zwischen 17

und 19 Prozent.¹² Das heißt 33 bis 46 Prozent des Abstandes im Armutrisiko zwischen West- und Ostdeutschland verschwinden durch die Korrektur des Einkommens um regionale Preisdifferenzen. Es bleibt aber ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Landesteilen bestehen, im Erhebungsjahr 2008 hat er sich sogar wieder leicht vergrößert.

Fazit

Die Berücksichtigung neuer Informationen zu regionalen Preisunterschieden in Deutschland führt bei den verfügbaren Haushaltseinkommen zu einer Annäherung des relativ ärmeren Ostens an den relativ reicheren Westen. Es kommt jedoch weder zu einer Veränderung des grundsätzlichen Trends der letzten Jahre, noch zu einem vollständigen Ausgleich der bestehenden Unterschiede in der personellen Einkommensverteilung.

12 Die Veränderung der Armutrisikoquote ist ein Zusammenspiel aus der Veränderung der Armutrisikoschwelle und der Veränderung der individuellen Einkommen. Allerdings dürfte der Effekt, der durch die Verschiebung der Armutsschwelle entsteht, eher gering sein, da sich dieser Betrag nur um 46 bis 97 Euro im Jahr ändert.

JEL Classification:
D31, D63, I32

Keywords:
Regional price
disparities,
Income inequality,
Poverty,
SOEP

11 Laut Pressemitteilung Nr. 457 des Statistischen Bundesamtes vom 27.11.2009 zeigt sich bei der Erhebung EU-SILC für diesen Zeitraum ein stabiles Armutrisiko von 15 Prozent. Leider erlaubt diese amtliche Erhebung keine Auswertung nach Ost- und Westdeutschland, sodass die hier analysierte regionale Entwicklung nicht verglichen werden kann. Eine umfassende Darstellung erhebungstechnischer Ursachen für die unterschiedliche Messung von Einkommensverteilung und Armut auf Basis von EU-SILC und SOEP findet sich in Frick, J. R., Krell, K.: Einkommensmessungen in Haushaltspanelstudien für Deutschland: ein Vergleich von EU-SILC und SOEP. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, No. 237, Berlin 2009.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.